Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 496. **Mittwoch** den 28. September 1892. 86. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Nicolaigymnasium.

Die **Aufnahmeprüfung** der für Michaelis angemeldeten Schüler findet **Montag, den 3. October, von 8 Uhr an** statt. Papier und Feder sind mitzubringen. Nachträgliche **An- oder Abmeldungen** nehme ich in der Ferienwoche **persönlich nur Sonnabend, den 1. October, Vorm. 10—12 Uhr** in meinem Dienstzimmer entgegen.

Leipzig, 22. September 1892.

Dr. Otto Kaemmel.

Bei dem unterzeichneten Stadtrathe ist infolge Eintritts Ihres derzeitigen Inhabers bei dem Militair **am 1. November dieses Jahres** die mit einem Jahresgehalte von 800 ℳ ausgestattete Stelle eines

Cassen-Assistenten

anderweit zu besetzen.

Geeignete, im Cassenwesen nicht unerfahrene Bewerber und namentlich solche, die mit der Bearbeitung von Disclosmmobilisationssachen und mit dem Grundsteuerwesen vertraut sind, wollen ihre Gesuche unter Beifügung von Zeugnissen **längstens bis zum 6. October laufenden Jahres** bei uns einreichen.

Limbach, am 26. September 1892.

Der Stadtrath.
Dr. Goldenberg. Etr

Aufgebot.

Als Erben der am 27. Mai 1891 zu Großcordetzha verstorbenen, verehelichten Landwirth Johann Gottfried Popischke Wilhelmine Ernestine geborenen Blume sind bisher folgende Personen legitimirt:

1) der inzwischen verstorbene Landwirth Johann Gottfried Popischke, der Ehemann der Erblasserin,
2) die unverehelichte Maria Elisabeth Köhler zu Berlin, eine Schwester der Mutter der Erblasserin.

Alle Diejenigen, welche nähere oder gleich nahe Erbansprüche auf den Nachlaß der Frau Popischke erheben, werden aufgefordert, sich spätestens bis zum 20. Januar 1893 schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers bei dem unterzeichneten Amtsgerichte zu melden **und zu legitimiren**, widrigenfalls die Erbbescheinigung für die oben bezeichneten Erben ausgestellt werden wird.

Weißenfels, den 19. September 1892.

Königliches Amtsgericht. Abtheilung III.

Die Rede Liebknecht's in Marseille.

Auf dem Arbeitercongreß in Marseille hat Liebknecht als deutscher Delegirter eine Rede gehalten, welche dem Minister Loubet so wichtig erschien, daß er die Ausweisung des Redners in Erwägung gezogen hat. An Klarheit und Deutlichkeit lassen die Worte Liebknecht's nichts zu wünschen übrig, für ihn giebt es keine Nationen, sondern nur Besitzende und Proletarier, die Arbeiter aller Länder bilden den Capitalisten gegenüber nur eine einzige Nation. Das ist der allgemeine Theil der Rede, der besondere ist dem Verhältniß zwischen den Socialisten Deutschlands und Frankreichs gewidmet und gipfelt in dem Satze, daß der Krieg zwischen beiden Ländern ohne Zuthun der Socialisten ausgefochten worden sei; die deutschen und französischen Socialisten stellten mit den Socialisten der übrigen Länder eine einzige große Armee dar, die bereit sei, den letzten Blutstropfen für die Sache des Socialismus zu opfern. Eigentlich hat Liebknecht mit diesen Aussprüchen nichts Neues gesagt, nur die Gruppirung ist besonders wirksam und der Anlaß verdient besondere Beachtung. Wenn die französischen Socialisten unter sich sind, dann triefen ihre Reden vom Blute der Bourgeoisie; daran ist man gewöhnt und läßt sich dadurch nicht aus dem moralischen Gleichgewicht bringen. Wenn aber der Führer der deutschen Socialisten in einer französischen Versammlung zum Kampfe des Proletariats gegen die Capitalisten aufruft, so macht das einen tiefen nachhaltigen Eindruck auf die Hörer und ihre Gesinnungsgenossen, und die Wirkung einer solchen Brandrede ist ganz unberechenbar. Dem entsprach denn auch die Haltung der Versammlung, deren hervorragende Mitglieder Liebknecht beglückwünschten, umarmten und Hochrufe auf ihn ausbrachten. Neu und unerhört ist an der Rede Liebknecht's nur die formelle Kriegserklärung des Proletariats an die Vertreter des Capitals, in der Rede ist kein Wort von einer friedlichen Auseinandersetzung zwischen den beiden Gegnern enthalten, Alles deutet auf den baldigen Kampf hin, der bereits beschlossene Sache ist.

Daß auch die französische Regierung solchem Beginnen nicht leichten Herzens zuschaut, ist sehr erklärlich, sie strebt vor allen Dingen nach Aufrechthaltung des nationalen Geistes in der Armee, socialistisch gesinnte Soldaten können ihr nichts helfen, sie kann nur Kämpfer gebrauchen, die für die Sache Frankreichs zu sterben bereit sind. Die Verbrüderung des Proletariats aller Länder ist der Tod der Vaterlandsliebe und der nationalen Begeisterung, und weil diese Empfindungen mit der Volksseele eng verbunden sind, deshalb hat der Socialdemokrat v. Vollmar in richtiger Erkenntniß dieser Thatsache das Zugeständniß an die deutsche Socialdemokratie gemacht, daß im Falle eines Krieges die Socialdemokraten ihre Pflicht als deutsche Soldaten thun würden. Diese Auffassung von der Nothwendigkeit nationaler Pflichten findet in der Liebknecht'schen Rede keinen Platz, der Socialist Liebknecht'scher Gattung hat nur eine Pflicht, und die ist die Vernichtung des Capitalismus als Ergebniß des Kampfes der Besitzlosen gegen die Besitzenden. Wie dieser Kampf organisirt werden, was nach seiner Beendigung an die Stelle des früheren Zustandes treten soll, darüber vermag Herr Liebknecht keine Auskunft zu geben, ebensowenig wie er sie in Halle und Erfurt zu geben wußte. Daran kommt es ihm aber auch gar nicht an, ihm genügt es, wenn er die Gemüther erhitzt und große Aufregung erzeugt. Gerade für die leicht erregbaren Franzosen hat er in Marseille den rechten Ton angeschlagen und die wirksamen Worte gewählt: „Allgemeine Verbrüderung des Proletariats aller Länder", „kein Chauvinismus, sondern Kampf der internationalen, revolutionairen Demokratie gegen das Capital", kein Kampf zur Erreichung nationaler Zwecke, sondern „Krieg der Besitzlosen gegen die Besitzenden" — das klingt nach etwas, verheißt die Verbesserung der materiellen Lage der Besitzlosen und die Unterdrückung der verhaßten Bourgeoisie.

Liebknecht nennt das Capital den Todfeind der Arbeiter, der bis zum letzten Blutstropfen bekämpft werden müsse. Wie aber, wenn der große Kampf der Besitzlosen gegen die Besitzenden, den Liebknecht entfesseln will, nur die Bestimmung hätte, die Rollen zu wechseln und das Capital in die Hände des Proletariats zu liefern? Liebknecht hat sich ja einmal darüber ausgesprochen, wie er sich den Uebergang aus dem gegenwärtigen Zustand in die socialistische Organisation der Menschheit denke. Nachdem das Decret erlassen ist, durch welches der neue Zustand eingeführt wird, sollen die Proletarier bessere Wohnungen bekommen, ohne aber darum die Capitalisten in die Keller und auf die Böden zu verweisen. So menschenfreundliche Empfindungen hatte aber Herr Liebknecht nur in Deutschland, wenigstens schien er sie zu haben, in Frankreich hat er seine wahre Natur hervorgekehrt, in Marseille war Krieg der Besitzlosen gegen die Besitzenden die Losung, die Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs der beiderseitigen Interessen wurde gar nicht mehr erörtert.

Wir glauben nicht, daß der Aufruf zum Kampfe, den Liebknecht erlassen hat, ernste Folgen haben wird, dazu fehlt es den Socialdemokraten aller Länder, insbesondere Frankreichs, an der nöthigen Organisation, und die entgegenstehenden Hindernisse sind vorläufig noch unüberwindlich. Jeder Versuch, die öffentliche Ordnung durch socialistische Gewaltthaten zu stören, würde sofort durch die stehenden Heere unterdrückt werden, und das Ergebniß der Anstrengungen von socialistischer Seite würde nur die Anfüllung der Gefängnisse mit Ruhestörern sein. Eine wirkliche Gefahr des Socialismus für die öffentliche Ordnung wäre erst möglich, wenn die Heere socialistisch durchseucht wären, und davon sind wir noch sehr weit entfernt.

Namentlich die Franzosen sind für Kriegsruhm, für Alles, was ihre Nation zu Lob und Anerkennung verhilft, weit empfänglicher als für socialistische Lehren. Von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit hallen ja auch die politischen Versammlungen der Republikaner wider, und wenn Die, welche diese Ideale als ihr höchstes Gut betrachten, auch noch so wenig davon spüren. In einem geordneten Staatswesen kann es nicht geduldet werden, daß der Proletarier sich das Capital, das er zum angenehmen Leben braucht, gewaltsam aneignet, und ein Staatswesen ohne Capital oder ohne Geld ist überhaupt nicht denkbar. Der große Kampf zwischen dem Proletariat und den Capitalisten ist ein Phantasiegebilde, er hat immer bestanden, insofern Jeder sich durch die ihm zu Gebote stehenden Kräfte so viel Capital zu verschaffen sucht, als ihm auf gesetzlichem Wege zu erreichen möglich ist, aber ein Kampf, der es auf Beraubung der Besitzenden absieht, hat gar keinen Zweck, weil nach der Vergießung von Strömen Blutes Alles doch in kurzer Zeit wieder die frühere Gestalt annehmen würde. Es ist über dieses Thema schon so viel Tinte verschrieben worden, daß man meinen sollte, endlich damit inne halten zu können, da aber von der anderen Seite stets die längst als unhaltbar erwiesenen Lehren immer wieder aufgetischt werden, so kann auch die Antwort darauf nicht ausbleiben. Leute wie Liebknecht richten mit ihren Hetzreden mehr Schaden an, als sie jemals wieder gut machen können, weil sie bei der urtheilslosen Menge Hoffnungen erregen, die nie befriedigt werden können.

*

Deutsches Reich.

△ **Berlin**, 27. September. Das Institut der Gewerbeinspectoren hat durch die Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juni 1891 erheblich an Bedeutung gewonnen. Mit der Ausdehnung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter ist auch die Thätigkeit der zur Ueberwachung der Beobachtung dieser Bestimmungen bestellten Beamten eine viel umfassendere geworden. Daß dem entsprechend eine wesentliche Verstärkung des Inspectionspersonals eingetreten ist, hat die allgemeine Billigung gefunden; denn eine Bürgschaft für die vom Gesetzgeber gewollte Durchführung der fraglichen Bestimmung kann eben nur in einer wirksamen Aufsicht gefunden werden. Zugleich mit der intensiveren Ausgestaltung der Befugnisse der Gewerbeinspectoren wachsen aber auch die Ansprüche an die richtige Auffassung und Handhabung derselben. Inmitten der zwischen Arbeitgebern und Arbeitern bestehenden Gegensätze ist es die selbstverständliche Pflicht eines im Interesse des Gemeinwohls fungirenden Beamten, daß er dem socialen Frieden diene. Man hat oft gesagt, der Gewerbeinspector müsse der Vertrauensmann der Arbeiter werden; ebenso sehr aber ist es nothwendig, daß er der Vertrauensmann der Arbeitgeber sei. Beide Theile müssen das Vertrauen zu ihm haben, daß er ohne Voreingenommenheit nach der einen oder anderen Seite lediglich die gerechte Ausführung der gesetzlichen Vorschriften im Auge hat. Ist das der Fall, dann wird es ihm ein Leichtes sein, auch in Angelegenheiten, welche nicht ausdrücklich in den Kreis seiner Befugnisse gehören, vermittelnd zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu wirken und so die Herstellung eines für die beiden Theile wie für das Gemeinwohl ersprießlichen Einvernehmens zu fördern. Dieser Zweck kann aber niemals erreicht werden, wenn der Gewerbeinspector einseitig in der Rolle eines Anwalts der Arbeiter auftritt. Daß die Socialdemokratie es so wünscht, ist selbstverständlich; sie möchte das Institut der Gewerbeinspectoren wie eine staatliche Anerkennung und Organisation des Classengegensatzes behandeln. Ganz consequent fordert sie denn auch, daß die Gewerbeinspectoren von den Arbeitern gewählt werden sollen. Gerade daraus aber erhellt, wie die Stellung des Gewerbeinspectors aufgefaßt werden muß, wenn derselbe nicht eine Handhabe zur Verschärfung des socialen Kampfes werden soll. Derartige Betrachtungen sind schon wiederholt, namentlich durch Vorgänge in Baden, nahegelegt worden; erneuten Anlaß dazu bietet das soeben die Presse beschäftigende Vorgehen des Gewerbeinspectors in Köln. Derselbe mag von den besten Absichten beseelt sein, aber die Weise, wie er sich durch Vermittelung eines socialdemokratischen Parteiorgans den Arbeitern als Anwalt angeboten hat, ist eben derjenige Weg, den man nicht gehen darf, wenn man zur Versöhnung der Gegensätze beitragen will. Es kann nicht Wunder nehmen, wenn die Arbeitgeber über dies Vorgehen lebhaft Beschwerde geführt haben, und es ist lediglich in der Ordnung, daß der Regierungspräsident den Fehler des Beamten als solchen anerkannt hat. Man kann nur wünschen, daß durch dies an sich bedauerliche Vorkommniß die richtige Auffassung der Stellung des Gewerbeinspectors gefördert wird.

* **Berlin**, 27. September. (Telegramm.) Wie die „Post" aus gut unterrichteter Quelle erfährt, hat der Finanzminister über den Etat 1893/94 sich dahin ausgesprochen, daß die Mehrforderungen bedeutend, die Mindereinnahmen erheblich seien, so daß ein Deficit von 86 Millionen zu erwarten sein werde. — Die liberale Stadtverordnetenfraction, welcher Dr. Stryck als Mitglied angehört, hat sich heute mit dessen Aeußerung beschäftigt. Während der linke Flügel die Abdankung verlangt, will sich die Mehrheit der Fraction, um einen Eclat zu vermeiden, mit einer Erläuterung der Aeußerung Dr. Stryck's über das Verhältniß des Oberpräsidenten zur Berliner Stadtverordnetenschaft begnügen. Trotzdem wird Dr. Stryck wohl sein Amt quittiren müssen, da die Agitation gegen ihn nicht nur in der Presse fortgesetzt wird, sondern auch in der freisinnigen Wählerschaft Unterstützung findet. Eine gestern stattgefundene Versammlung der Obmänner und Vertrauensmänner im 1. und 2. Wahlkreise hat sich in einer Resolution scharf gegen Stryck ausgesprochen.

— Aus Anlaß der glücklichen Geburt einer Prinzessin wird, wie die „Schles. Ztg." erfährt, an Allerhöchster Stelle die Begnadigung einzelner weiblicher Personen beabsichtigt, welche rechtskräftig zu Strafen verurtheilt sind. Die Allerhöchste Gnadenverleihung soll namentlich Denjenigen zu Theil werden, welche aus Noth oder Ueberreilung ꝛc. sich vergangen haben oder das erste Mal mit den Strafgesetzen in Conflict gerathen sind. Die Ersten Staatsanwälte der Landgerichte haben die Aufforderung zur Berichterstattung erhalten. Auch ist Fürsorge getroffen, daß Strafaussetzung und Strafunterbrechung ausgesprochen werden darf, wenn ohne diese Maßregeln der Gnadenact in den sonst dazu geeigneten Fällen sich als unwirksam erweisen würde.

— Im „Schwäb. Merk." wird gegen den Versuch, den bayerischen Particularismus als Hinderniß der Reform der Militairgerichtsbarkeit anzugeben, lebhafter Einspruch erhoben. Vielmehr sei das wesentliche Hinderniß der preußische Particularismus, der sich gegen Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens, gegen ständige Gerichte und gegen Aufhebung des Bestätigungsrechtes sträube. Der „Schwäb. Merk." schreibt zum Schlusse seiner Ausführungen:

„Man wünscht auch in Süddeutschland, daß das Verfahren einheitlich geregelt werde; aber man wünscht eine Regelung nach modernen Grundsätzen, ein Verfahren, das auch nicht in einzelnen Punkten ein Rückschritt wäre gegenüber dem, was man in Bayern vor 23 Jahren erreicht hat. Enthält der allerseits verlangte Entwurf die modernen Grundsätze, so mag immerhin der bayerische Particularismus versuchen, gegen ein Reichsobergericht in Militairstrafsachen sich zu erheben. Diese Einsprache wird scheitern an dem Widerspruch des ganzen deutschen Volkes, an der Mehrheit des Reichstags und an der Mehrheit im Bundesrath, sobald Preußen einmal den modernen Grundforderungen an ein Militairstrafverfahren nach dem Vorbild des bayerischen Strafverfahrens zugestimmt haben wird. Selbst Bayern wird dann allen Grund haben, einem Reichsobergericht zuzustimmen, wenn es sein bewährtes Verfahren nicht nur behält, sondern selbst als Vorbild für das ganze deutsche Reich anerkannt sieht."

— In der Angelegenheit der letzten Berliner Ausweisungen hatten wir eine Meldung der „Kreuz-Zeitung" wiedergegeben, welche dem genannten Blatte angeblich von unterrichteter Seite zugegangen war. Nunmehr erhält das Berliner Organ vom Polizeipräsidium nachstehende Berichtigung:

„In einem die kürzlich stattgehabte Ausweisung russischer Studenten aus den diesseitigen Staatsgebiete behandelnden Artikel der Nr. 446 der „Kreuz-Zeitung" vom 23. d. M. findet sich die angeblich „von unterrichteter Seite" der Redaction zugegangene Mittheilung, daß „der hiesigen Polizei aus eigener Wahrnehmung nichts bekannt geworden sei, was die in Rede stehenden russischen Staatsangehörigen belastet hätte, dagegen sei von amtlicher russischer Seite der preußischen Behörde mitgetheilt worden, die betreffenden Personen hätten sich daran betheiligt, gewisse auf russischen Gebiete entdeckte hochverrätherische Anschläge vorzubereiten." Diese Angaben sind durchaus unrichtig. Von russischer Seite sind über die fünf in Rede stehenden Personen keinerlei Mittheilungen hierher gelangt. Ihre Ausweisung ist vielmehr lediglich deshalb erfolgt, weil dieselben — durch diesseitig stattgehabte Beobachtungen und darauf veranlaßte Haussuchungen — fortgesetzter politischer Umtriebe im Inlande überwiesen worden sind."

— Die Nachricht, daß das in Berlin erscheinende polnische socialdemokratische Blatt, die „Gazetta Robotnicza", nach Oberschlesien verlegt werde, um von dort aus das Centrum energischer bekämpfen zu können, wird vom „Vorwärts" für falsch erklärt.

— Das fortschrittliche Wahlcomité im I. Berliner Landtagswahlkreise hat einstimmig beschlossen, den Wahlmännern Herrn Rechtsanwalt Albert Traeger als Candidaten vorzuschlagen. Herr Traeger hat die Candidatur dankend angenommen und zugleich erklärt, daß er nunmehr auf das Wiesbadener Mandat verzichten würde.

— Der Gesandte in Weimar, Geh. Legationsrath v. Derenthall ist vom Urlaub auf seinen Posten zurückgekehrt und hat die Geschäfte der Gesandtschaft wieder übernommen.

* **Marienwerder**, 27. September. Die Conservativen stellten für die Reichstags- und Landtagsersatzwahl im Wahlkreis Stuhm-Marienwerder den Major a. D. v. Dieskau auf.

* **Aus Pommern**, 27. September. Wir haben gestern ein Schreiben des Cultusministers Dr. Bosse an sämmtliche Lehrercollegien der Gymnasien Pommerns erwähnt, in welchem er sich sehr abfällig über die Leistungen und Zustände an den pommerschen Gymnasien äußerte. Die conservative „Pommersche Reichspost" bemerkt dazu:

„Das Bild, welches das ministerielle Schreiben von unseren Gymnasien entwickelt, ist ein sehr trauriges; es kann solche Auffassung der Verhältnisse, wie sie in demselben zu Tage tritt, auf die Lehrer nur herabstimmend wirken; der Ausdruck der Beleidigung über den Niedergang unserer höheren Schulen und der allgemeine Tadel der Rohheit der pommerschen Jugend betrübet sehr. Wir können nur wünschen, daß dieses Schreiben veröffentlicht werden möchte, zugleich aber auch die Berichtungsberichte über die Gymnasien der anderen preußischen Provinzen, damit wir durch Vergleichung hoffentlich zu dem tröstlichen Schluß kommen, daß es im Wesentlichen der Curialstil ist, welcher dies Bild geschaffen hat. Sollte aber in Wirklichkeit das höhere Schulwesen in Pommern so darniederliegen und unsere Jugend einer besonderen Rohheit verfallen sein, dann freilich wäre es an der Zeit, daß eine kräftige Neubelebung der pommerschen Gymnasien eintreten müßte; dann wäre der Ruf nach einer Reformation an Haupt und Gliedern vollauf berechtigt."

* **Posen**, 27. September. Nach einer Mittheilung des „Kurzyer" soll der Centrumsführer Graf Ballestrem einem ihm zu einer Pfarrstelle vorgeschlagenen polnischen Geistlichen nicht acceptirt haben, „weil derselbe ein Polonisator sei, welcher unschädlich gemacht werden müsse". Der „Dziennik" macht hierzu folgende Bemerkung: „Dieses Spielen mit den Gefühlen der Polen, dessen sich Graf Ballestrem schuldig macht, dürfte sich einst in sehr ungünstiger Weise in Oberschlesien bemerkbar machen, welches nur Dank den Stimmen der polnischen Bevölkerung dem Centrum eine so ansehnliche Zahl von Abgeordneten zuführt. Diese Bevölkerung wird in nationaler und socialer Hinsicht immer reifer und wird es nicht länger gestatten, sich von den Centrumsführern als bloßes „Stimmvieh" gebrauchen zu lassen."

* **Gotha**, 26. September. Die Wahlmännerwahl zur Landtagswahl im dritten Wahlbezirk war die interessanteste von allen bisherigen. Von 890 Wählern hatten 484 gestimmt, erheblich mehr als bei den übrigen Wahlen. Die Socialdemokraten hatten alle ihre Mannen herangezogen; trotzdem siegten die Ordnungsparteien mit 80 Proc. der Stimmen.

* **Münster**, 27. September. Auch in der Diöcese Münster sind die Verhandlungen der Sperrgelder-Verwendungs-Commission abgeschlossen. Nach dem „Westf. Merk." sollen die Bewilligungen aus dem Sammelfonds so ausgefallen sein, daß ein ansehnlicher Betrag als Diöcesan-Fonds reservirt wird, über dessen Zinsertrag behufs Verwendung eine Vereinbarung zwischen dem Cultusminister und dem Bischof zu erfolgen hat.

* **Köln**, 26. September. Die hier erscheinende socialdemokratische „Rheinische Zeitung" hatte im Juni d. J. folgende Notiz gebracht:

„Der hiesige Gewerbe-Inspector theilt uns mit, daß er bei Wünschen der Arbeiter in Bezug auf Abänderung von Arbeitsordnungen, so weit solche Wünsche sich auf gesetzlichen und allgemein rechtlichen Boden bewegen, jederzeit gern bereit sei, vermittelnd zwischen Arbeitern und Unternehmern zu wirken. Auch ersucht er, ihm von gesundheitsgefährdenden Einrichtungen in einzelnen Fabriken, wie auch von allen berechtigten Klagen über Betriebs- und Arbeitsverhältnisse Mittheilung zu machen, damit er im Stande sei, eingreifen zu können. Um den Arbeitern Gelegenheit zur Anbringung ihrer Klagen zu geben, ist der Gewerbe-Inspector gern bereit, Sonntags Morgens eine Sprechstunde in seinem Bureau einzurichten."

Durch diese Mittheilung sah sich der Vorstand des Vereins der Industriellen im Reg.-Bez. Köln veranlaßt, an den hiesigen königlichen Regierungspräsidenten unter dem 18. Juni eine Eingabe zu richten, in der es heißt:

„Wir können es nicht unterlassen, bei Ew. Hochwohlgeboren über ein solches Vorgehen des Herrn Gewerbe-Inspectors Beschwerde zu führen und Ew. Hochwohlgeboren zu bitten, gnädigst dafür Sorge tragen zu wollen, daß derartige Vorkommnisse in Zukunft vermieden werden. Zunächst halten wir es für unrichtig, daß der königliche Gewerbe-Inspector gerade ein socialdemokratisches Blatt zu einer für die Arbeiter bestimmten Mittheilung benutzt. Es liegt darin mindestens eine amtliche Anerkennung der socialdemokratischen Presse als Organ der Arbeiterschaft, was wohl kaum den Ansichten der königlichen Regierung entsprechen dürfte. Was den Inhalt der Mittheilung betrifft, so werden Ew. Hochwohlgeboren mit uns sich der Ansicht nicht verschließen können, daß derselbe nicht nur geeignet ist, das Vertrauen der Industriellen zur königlichen Regierung zu erschüttern, sondern auch das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern untergraben muß, indem der Arbeiter geradezu zur Denunciation seines Arbeitgebers aufgefordert und sogar zum Richter über die Betriebseinrichtungen und Arbeitsverhältnisse gemacht wird. Im Interesse der guten Ordnung bitten wir Ew. Hochwohlgeboren um eine gewogte Mittheilung über Ihre Stellung zu dem erwähnten Vorgehen des Herrn Gewerbe-Inspectors, damit wir den Industriellen eine beruhigende Erklärung geben können."

Darauf ist dem königlichen Regierungspräsidenten nachstehender Bescheid vom 11. Juli ergangen:

„Dem Verein theile ich auf die gefällige Zuschrift vom 18. v. M. ergebenst mit, daß der Artikel der „Rheinischen Zeitung" vom 1. v. M. d. d. Köln, den 31. Mai, beginnend mit den Worten: „Der königliche Gewerbe-Inspector u. s. w." weder auf meine Veranlassung veröffentlicht ist, noch meinerseits gebilligt wird, und daß ich dem königlichen Gewerbe-Inspector Jäger das Erforderliche eröffnet habe."

* **Wiesbaden**, 26. September. Der General-Adjutant des Kaisers General-Major v. Villaume aus Berlin ist zu längerem Aufenthalte hier eingetroffen.

* **St. Johann a. d. S.**, 26. September. In Bildstock fand gestern eine Versammlung der Socialdemokraten des Saarbezirks statt. Hauptredner war Bebel, der in einem zweistündigen Vortrag auseinandersetzte, daß die gesellschaftlichen Zustände zum allgemeinen „Weltladderadatsch" drängten. Der Versammlung wohnten 600—800 Personen bei.

* **Karlsruhe**, 26. September. Der Ausschuß der deutschen Volkspartei beschloß, den nächsten Parteitag im kommenden Frühjahr und zwar spätestens im Monat Mai nach Mainz einzuberufen.

* **Stuttgart**, 27. September. In einer geheimen Sitzung beider bürgerlichen Collegien wurde, wie das „Neue Tagblatt" mittheilt, gestern beschlossen, den Bürgermeister Dr. von Hack, welcher sich gemüthskrank in der Heilanstalt Winnenthal befindet, mit einem Ruhegehalt von 7000 ℳ aus seinem Amte zu entlassen. Einstweiliger Stellvertreter im Bürgermeister-Amte ist das Mitglied des Gemeinderathes Dr. Schall. — Vorgestern starb in Friedrichshafen der frühere (in den Jahren von 1877 bis 1884) Reichstagsabgeordnete von Bühler, bekannt durch seinen Abrüstungsantrag.

* **Gmünd**, 27. September. Aus der vorgestern Mittag abgehaltenen socialdemokratischen Volksversammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete v. Vollmar über die Bestrebungen der Socialdemokratie und die Bestrebungen der Centrumspartei sprach, sind dessen Auslassungen über das Centrum bemerkenswerth: Das Centrum habe sich in den ersten Jahren seines Bestehens vollständig (!) und demokratisch gezeigt; seitdem die Ultramontanen aber das Heft in die Hand bekommen, betrachten sie sich als die einzigen Menschenkinder der Welt. Die Socialdemokraten haben seiner Zeit bei Abstimmungen über Ausnahmegesetze auf der Seite des Centrums gestanden; die heutigen Centrumsredner wollen sich dessen nicht mehr erinnern. Seit einer Reihe von Jahren mache das Centrum im Reichstage seine Abstimmungen von Zugeständnissen abhängig; einige Kulturdebatten abgerechnet, bewilligen die Centrumsmitglieder die Vorlagen der Regierung anstandslos. An Stelle Windthorst's, der als Führer